

Liebe Genossinnen und Genossen



Foto: Maik Bock

wenn man das entsprechende Alter und vielleicht mehr noch die entsprechende Lebensgeschichte hat, dann darf man schon mal ein paar Tage in der Klinik verbringen. Jetzt war halt ich mal dran.

Betreut wurde ich in dieser Zeit von vielen verschiedenen Menschen mit sehr verschiedenem Hintergrund. Das gilt natürlich für die Ausbildung dieser Menschen, aber auch für das, was man üblicherweise Ab-

stammung nennt. Zehn verschiedene Ethnien reichen da wohl eher nicht.

So saß ich dann da, schlürfte meinen Tee und schaute mir den Betrieb und das Gewusel auf Station an. Ganz unweigerlich fielen mir die „Remigrationsfantasien“ der Nazis in diesem Land ein, die man besser beim Namen nennt:

Massendeportationen werden da geplant. Alles, was nicht „Biodeutsch“ aussieht, soll weg.

Vor der Realität in der Uniklinik werden diese an sich schon widerlichen Pläne nochmal um ein Vielfaches absurder.

... weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

10 Jahre Mindestlohn – eine Erfolgsgeschichte	2
Mit Nazis zusammenarbeiten	3
Es ist 5 vor 1933	4
FDP will Städte für Autos	6
Warum dauert immer alles so lang?	8
Termine	9
Impressum	10

Ohne diese Menschen würden wir wohl schlicht jämmerlich krepieren, weil sich niemand mehr um uns kümmern kann.

Na klar, das wissen wir alle und das war auch mir vor meinem Krankenhausaufenthalt schon völlig klar. Es ist dann aber doch noch mal etwas ganz anderes, wenn man es klar und deutlich selbst vor Augen hat.

Im übrigen gilt das natürlich nicht nur für das Gesundheitswesen, sondern für viele andere Bereiche exakt genauso. Als sichtbares Beispiel möchte ich nur die Gastronomie nennen, in anderen Berufszweigen fällt es vielleicht einfach nicht so auf.

Lasst uns also alle mit vereinten Kräften gegen die Abschiebungsfantasien der Braunen ankämpfen, die doch auch uns selbst empfindlich schaden würden.



10 Jahre Mindestlohn – eine Erfolgsgeschichte

von Oswald Prucker

Am 16. August 2014 wurde der gesetzliche Mindestlohn eingeführt. Gerade mal 8 Euro pro Stunde waren das damals, die allerdings schon mit dem Jahresbeginn 2015 auf 8,50 Euro erhöht wurden. Danach ging es erst mal in kleinen Schritten weiter. Schon 2018 forderte Scholz eine Erhöhung auf 12 Euro, weil das zum einen angemessen

war und auch ein Schritt gegen die Alterarmut gewesen wäre.

Tatsächlich umsetzen konnte diesen großen Sprung dann allerdings erst Hubertus Heil im Jahre 2022. Es spielt eben schon eine Rolle, wer den Kanzler stellt. Fairerweise muss man aber hinzufügen, dass diese Erhöhung kaum mehr als ein Ausgleich für die damals grassierende Inflation (gerne auch Gierflation genannt) war. Heute liegt er bei 12,41 Euro.



Wir haben den Schritt auf 12 Euro damals mit obiger Bildkachel gefeiert und schreiben dazu:

Im Juli eine kleine Erhöhung und dann gilt ab dem 1. Oktober ein Mindestlohn von 12 € pro Stunde. Das haben Kanzler Scholz und Minister Heil versprochen und genau so wurde es heute im Kabinett beschlossen. Das ist #SozialePolitikfürDich. 🍌🍌🍌🍌

Olaf Scholz kommentierte diese Erhöhung dann im Oktober bei unserem Landespar-

teitag in Friedrichshafen mit einem Seitenhieb auf die Quengler von der CDU und rief in den Saal: „Leistung muss sich lohnen, lieber Herr Merz!“



Im der Rückschau fällt mir dann auch wieder das große Jammern und Schreien der neoliberalen Wirtschaftslobby ein. Horror-szenarien wurden da an die Wand geschmiert und der Verlust von hundertausenden von Arbeitsplätzen wurde vorhergesagt.

Nichts, aber auch gar nichts davon ist eingetreten. Tatsächlich wurde das Einkommen von Millionen von Menschen deutlich verbessert. Auch bei uns Landkreis profitierten über die Jahre deutlich über 10.000 Menschen.

Diese Verbesserung betraf aber nicht nur diejenigen, die nach dem Mindestlohn bezahlt wurden oder werden. Vielmehr setzen sich die jeweiligen Erhöhungen auch nach oben durch und wir dürfen uns schon freuen, dass wir dieses Jahr eine deutliche Steigerung der Tariflöhne verzeichnen können.

Bei diesem Stichwort kann man vielleicht noch anfügen: Ja, der Mindestlohn ist ein starker Eingriff in die Tarifautonomie von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Er wurde aber vor allem deshalb nötig, weil die immer weniger Arbeitnehmer von Tarifverträgen profitieren. Die beste Maßnahme gegen den Mindestlohn wäre es also, die Tarifbindung der Löhne und Gehälter wieder deutlich zu steigern. Das ist aber nicht in Sicht und deshalb brauchen wir weiter einen starken Mindestlohn, der nach meiner Meinung eigentlich eher bei 14 bis 15 Euro liegen sollte.

Mit Nazis zusammenarbeiten

von Oswald Prucker

Es ist ein ernüchterndes Umfrageergebnis, das Forsa da vorgestellt hat: Fast die Hälfte (im Osten über 60%) der CDU-Mitglieder sind zumindest für eine punktuelle Zusammenarbeit mit den Blaubraunen von der AfD.

Wie war das mit der Brandmauer, Herr Merz?

Aber was soll schon schief gehen:



Das Bild gibt eine Vorahnung darauf, was mit unserem Land passieren kann. Was schon damals weit vorher mit Sozialdemokrat:innen passiert ist – vor allem nach der Ablehnung der Ermächtigungsgesetze – ist uns allen bekannt.

Weit hergeholt? Zu stark hakender Vergleich?

Der Vorsitzende der AfD, Timo Chrupalla meinte erst vor kurzem „diese SPD [ist] endgültig für das Schafott geeignet“. Aha. Nicht nur Hinrichtung, sondern sogar öffentliche Hinrichtung, denn das Schafott ist ja die Bühne für öffentliche Hinrichtungen.

Lars Klingbeil hat mit seiner Reaktion sehr recht: „Die SPD weiß, was das bedeutet, wenn Menschen aus der eigenen Partei

umgebracht werden. Ich finde, Nazis muss man Nazis nennen“.



Bild: Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons), <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=141073686>

Klare Ansage. CDUler wollen aber scheinbar trotzdem mit Nazis zusammenarbeiten. Das ist doch schon ziemlich schräg. Reißt euch mal am Riemen, ihr Konservativen.

ES IST 5 VOR 1933 Was die AfD vor hat und wie wir sie stoppen

von Tanja Kühnel

Heute mal eine Buchempfehlung von mir.

Der Titel verrät sofort, worum es geht. Geschrieben ist es von Philipp Ruch, Gründer und Kopf des Künstlerkollektivs „Zentrum für politische Schönheit“. Es ist ein Buch, welches aus der Zivilgesellschaft heraus für die Zivilgesellschaft geschrieben wurde.

SWR Kultur schreibt über dieses Buch folgendes:

Mit seinem Buch „Es ist fünf vor 1933. Was die AfD vorhat und wie wir sie stoppen“ legt Philipp Ruch nun ein Plädoyer für ein AfD-Verbotsverfahren vor. Dieses Buch macht einem Angst und das soll es auch. Denn Philipp Ruch will, dass endgültig Schluss ist mit der Verharmlosungsrhetorik und bürgerlichen Kapitulationsbereitschaft gegenüber der AfD.

Der Politik und der Medienlandschaft wirft der Gründer des „Zentrum für politische Schönheit“ seit dem Einzug der AfD in den Bundestag Versagen vor. Statt sie zu bekämpfen, habe man sie und ihre Themen groß gemacht.



Chat-Protokolle und öffentliche Reden als Beweise für Verfassungsfeindlichkeit

Das „Zeitalter der Verantwortungslosigkeit“ müsse nun abgelöst werden von einer Zeit, die in der verfassungsfeindlichen AfD das

sieht, was sie sei: eine gewaltvolle ZerstörerIn der Demokratie. Das Buch „Es ist fünf vor 1933. Was die AfD vorhat und wie wir sie stoppen“ ist ein entschlossenes Plädoyer für ein Verbotsverfahren gegen die AfD.

Und für diejenigen, die – so wie Bundeskanzler Olaf Scholz – die AfD als Partei der „schlechten Laune“ belächelten, stellt Ruch ein ausführliches Beweismittelpaket zusammen.

Er zitiert aus bekannt gewordenen Chats, Videos und Mailwechseln, beruft sich aber auch auf Parteitage und öffentlich gehaltene Reden. Denn die AfD liefere die Beweise für ihre Verfassungsfeindlichkeit frei Haus, so Ruch.

Wie ein Bericht aus der Nazi-Hölle

Das zusammengetragene Material liest sich wie ein Bericht aus der Nazi-Hölle: Abgeordnete mit Hinrichtungs-, Vergasungs- und Alle-an-die-Wand-stellen-Fantasien. Abgeordnete, die Hausverbot im Bundestag haben, als Terroristinnen in Gefängnissen sitzen, in ihren Landtagsbüros Waffen horten sowie die mehr als hundert Bundestagsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter aus rechtsextremen Kreisen, die laut Chatprotokollen für Krieg, Vernichtung und Massenerschießungen in den Startlöchern stehen.

Philipp Ruch fordert dazu auf, die Aussagen der AfD bitterernst zu nehmen. Dass es in dieser Partei irgendwo ein gemäßigtes Vernunftslager gäbe, entlarvt er als bürgerliches Wunschdenken und Überheblichkeit.

Hassbotschaften und Fake-News im Netz

Immer wieder dient Ruch der Untergang der Weimarer Republik als Vergleichsfolie, denn er meint, dass diese sich der NSDAP mit mehr kämpferischer Entschlossenheit in den Weg gestellt habe, als es die Politik heute zu tun bereit sei.

Eine Erklärung sieht Ruch in einer Gewaltakzeptanz der bürgerlichen Mitte, solange sich diese Gewalt gegen Minderheiten richtete.

Von Steuergeldern finanziert, ballere die AfD in einem bestens ausgebauten Social-Media-Netzwerk ihre Hassbotschaften, Fake-News und feindseligen Parolen heraus. Und findet dafür ein Publikum.

Kluge Argumentation, leidenschaftlich vorgetragen

Philipp Ruch kämpft in seinem Buch leidenschaftlich gegen die AfD. Er argumentiert klug und sogar unterhaltend. Die Abwehr von Faschismus sei Staatsauftrag, so der Autor. Im Kampf etwa gegen die RAF habe man auch nicht zu Lichterkettenumzügen aufgerufen.

Eine offen verfassungsfeindliche Partei hat, das macht das Buch überzeugend deutlich, in demokratischen Einrichtungen nichts zu suchen. Genauso wenig wie eine Partei der Kannibalen oder der Drogendealer, sagt Ruch. Das gibt das Grundgesetz einfach nicht her.

Es heiße oft, so schließt der Autor, ein Parteiverbot könne scheitern.

Die Demokratie aber auch.

Mehr dazu:



[Plädoyer für AfD-Verbot: „Es ist fünf vor 1933“ von Philipp Ruch - SWR Kultur](#)

FDP will Städte für Autos

von Oswald Prucker

... Menschen dürfen aber offensichtlich auch noch hin. Vermutlich. Man weiß es nicht so genau. Das vor kurzem vorgestellte Verkehrskonzept ist an Rückständigkeit kaum zu überbieten und spielt nicht nur für die Städte, sondern auch für uns im Landkreis ein Rolle. Dazu später mehr.

Beginnen wir mal mit dem Titel: „**Fahrplan Zukunft – Eine Politik für das Auto**“ so ist das Konzept überschrieben und bestätigt damit schon meinen Einstiegssatz. Es geht nämlich um eine Politik für das Auto und eben nicht um den Menschen! Flatrate-Parken (oder gar kostenloses Parken) und dafür weniger Radwege und Fußgängerzonen. Weniger Platz für Menschen, mehr Platz für Blechkisten. Die FAZ schreibt und zitiert so:

Von der FDP hieß es, der Vorstoß sei „keine Pro-Auto-Kampagne“. Es gehe lediglich um „Wahlfreiheit in der Mobilität“.

Ein abstruses Verständnis von „Freiheit“.

Der deutsche Städtebund weist das Papier dann auch sehr deutlich zurück:

„Wir wollen Städte für Menschen. Deshalb klingen Forderungen nach autogerechten Innenstädten wie von vorgestern. Innenstädte sind nicht zuerst Parkplätze“

Die wohl deutlichste und ausführlichste Reaktion kam aber aus einer Richtung, die man so nicht auf dem Radar hat. Sie kam von der „Apotheken Umschau“.

Sie schreibt:

„Mehr Autos, weniger Fußgängerzonen und Fahrradstraßen. So könnte man überspitzt den Vorschlag der FDP zusammenfassen. Eine Umsetzung hätte wohl negative Auswirkungen auf die Gesundheit von Autofahrern und Anwohnern. Schon jetzt muss man sagen: Autos machen krank.“

Dann kommt – hinterlegt mit zig Zitaten – eine ausführliche Beschreibung der an sich gut bekannten gesundheitlichen Konsequenzen. Dazu habe ich den sozialen Medien diesen treffenden Kommentar gefunden:

„Von der "Apotheken Umschau" den Arsch versohlt bekommen ... das bekommt so leicht auch keine andere Partei hin.“

Inhaltlich hat sich zu diesem Thema Jan-Peter Röderer, unser verkehrspolitischer Sprecher im Landtag, geäußert. Ich zitiere dazu seinen Beitrag auf Instagram:

Die Sommerhitze scheint der FDP-Bundestagsfraktion nicht gut zu tun, denn offen-

sichtlich brennt ihr Herz fürs Auto ebenso stark wie unsere Innenstädte unter der Hitze. Dabei hat sich über Jahre hinweg gezeigt, dass weniger Autos in den Städten zu einer besseren Lebensqualität führen. Freiburg ist ein hervorragendes Beispiel: Durch die Reduzierung des Autoverkehrs ist die Stadt umweltfreundlicher und attraktiver geworden. Saubere Luft, weniger Lärm und mehr Platz für Menschen anstelle von Fahrzeugen sind klare Vorteile, die Freiburg heute als Modellstadt auszeichnen. Radwege, Fußgängerzonen und der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs haben maßgeblich dazu beigetragen, dass Freiburg als Vorreiter einer lebenswerten Innenstadt gilt. Dieses Modell sollte Schule machen, statt rückwärtsge wandte Konzepte zu verfolgen, die nur den Autoverkehr fördern.



Es ist absurd, diese Fortschritte rückgängig machen zu wollen. Das „Pro-Auto“-Programm der FDP erscheint mir nichts anderes als ein verzweifelter Versuch, im Sommer-

loch Aufmerksamkeit zu erlangen. Anstatt solche Aktionen zu starten, fordere ich FDP-Bundesverkehrsminister Volker Wissing auf, sich auf seine eigentlichen Aufgaben zu konzentrieren und seine Hausaufgaben zu machen. Die Zukunft der Städte liegt in weniger Autos und mehr Lebensqualität, nicht in einem Rückschritt zu veralteten Verkehrskonzepten.

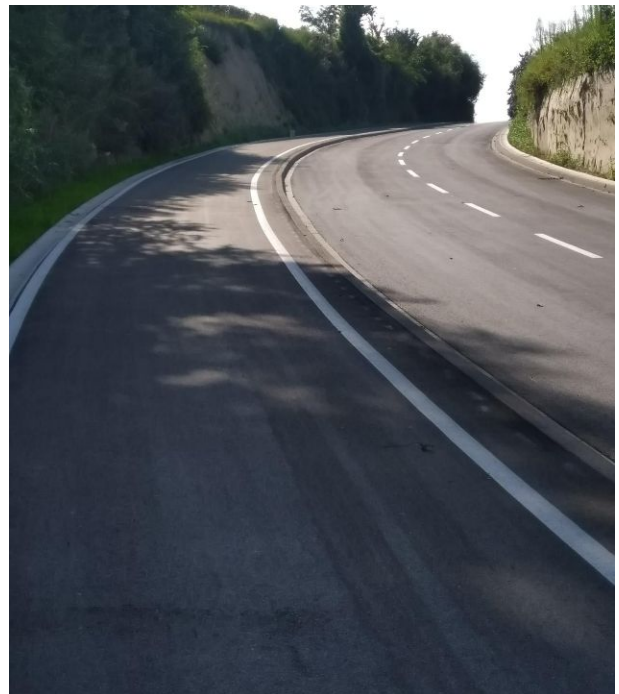
Jan-Peter bezieht sich auf Freiburg und als Kreis-SPD könnten wir uns ja schon auf den Standpunkt stellen, dass das Ganze mit uns nichts zu tun hat. Das wäre aber sehr kurz-sichtig. Hinreichend gute Radwege und ein gut ausgebauter ÖPNV ermöglicht es immer mehr Menschen, ohne Auto nach Freiburg zu kommen. Im Kreistag ist das auch ein fester Bestandteil unserer aktuellen Radwegplanungen und es war uns auch wichtig, als wir den Busverkehr mit dem Nahverkehrsplan neu organisiert haben. Der wird ja gerade nach und nach umgesetzt. All das hilft dann eben nicht nur den Radlern und Busfahrern. Es hilft auch denen, die auf das Auto angewiesen sind. Die haben dann auch so mehr Platz. Und ganz allgemein finde ich es auch politisch komplett unterirdisch, dass man eine Verkehrsart – das Auto – zugunsten aller anderen über alle Maßen subventioniert.

Das ist dann eben tatsächlich keine Politik für den Menschen, sondern eine Politik für das Auto.

Warum dauert immer alles so lang?

von Oswald Prucker

Warum wird zum Beispiel seit Jahren über einen Radweg gequatscht, der dann auch versprochen wird, aber dann tut sich trotzdem noch jahrelang nix. Kennt nicht jeder so ein Beispiel? Und ist nicht immer die viel zu langsame Verwaltung – auf welcher Ebene auch immer – daran schuld.



Gilt bestimmt oft, aber gerade bei Verkehrsprojekten nicht immer. Hier ein Beispiel aus meiner Heimat Merdingen. Da wurde vor Jahren ein Radweg vom Ort den Berg hinauf gebaut. Gleichzeitig wurde auch die Straße daneben saniert. Beides bis zum Tuniberg-Sattel und dort war erst mal Schluss. Doof, aber so war das halt.

Dann aber kam wieder Schwung in die Sache. In Zusammenarbeit mit der Stadt Freiburg sollte der Radweg bis Freiburg-Waltershofen fertig gebaut werden und der Landkreis wollte auch die sehr ramponierte Straße zwischen Tuniberg-Sattel und Gemarkungsgrenze Freiburg sanieren.

Stadt und Kreis einig! Da kann ja nix mehr schief gehen. Flugs wurde das alles geplant und auch eine Lösung gefunden, die eine gefährliche Kurve der Straße entschärft. Plan fertig und auf geht's mit der Ausschreibung der Arbeiten ... würde man denken. Ging aber nicht.

Für die Entschärfung der Straße und neuen Radweg musste der Landkreis entlang der Strecke etwas Land aufkaufen. Einer der Landeigentümer stellte sich quer. Aus welchen Gründen auch immer. Es ging nicht um wertvolle Rebfläche und insgesamt waren es auch nur sehr, sehr übersichtliche 200 Quadratmeter. Die sind eigentlich kaum der Rede wert.

Also geht die Enteignungsmaschinerie los. Das große Bestech mit vielen auch kostspieligen Verfahrensschritten. Wieder ist also viel zu planen und alles kostet Geld.

Fazit: Der Radweg könnte seit mindestens zwei Jahren fertig sein.

Das genannte Projekt ist bei weitem nicht das einzige, bei dem das so läuft. Irgendjemand stellt sich immer quer und auch das ist dann halt oft die Realität in unserem Land: Es ist nicht immer die Verwaltung

oder Politik schuld, wenn es wieder länger dauert oder vielleicht auch ganz scheitert. Manchmal scheitert es dann einfach an der Engstirnigkeit eines einzelnen.

Termine, Termine

Alle aktuellen Termine findest du auch auf unserer Webseite – naja, meistens zumindest :-)




[Termine im Landkreis](#)

Stammtische

Digitaler Kreisstammtisch

 3. September und 7. Oktober

 19:00 Uhr


 **Achtung! Nicht mehr über Zoom!**


Ab sofort über Big Blue Button, das der Landesverband dankenswerterweise kostenlos zur Verfügung stellt.


Keine App nötig, läuft einfach im Webbrowser.

<https://bbb.spd-bw.de/b/sop-5mcfht-seq>

Kaiserstuhl – Tuniberg – March

 10. September und 15. Oktober

 19:00 Uhr




 Wirtshaus Perron, Bahnstraße 4, Breisach (am Bhf. Breisach)

Leider hat das Interesse am Stammtisch in Breisach sehr stark nachgelassen.

Sollte sich das nicht ändern, so werden wir zunächst keine weiteren Stammtische mehr anbieten.

Liegt es nur an der Sommerzeit und Reisezeit? Sollen wir was ändern? Anderer Ort, anderer Tag?

Hochschwarzwald

-  28. August und 25. September
-  19:00 Uhr
-  Hotel Jägerhaus in Titisee-Neustadt



**SPD STAMMTISCH
HOCHSCHWARZWALD**

>> 28.08.2024

**AB 19.00 UHR
HOTEL JÄGERHAUS
AM POSTPLATZ 1-2
79822 TITISEE-NEUSTADT**




Stammtisch immer jeden
4. Mittwoch im Monat.



www.spd-hochschwarzwald.de **SPD** Soziale Politik für Dich.





Breisgau

-  25. September
-  20:00 Uhr
-  Gaststätte Mcello, Bahnhofstraße 7,
Bad Krozingen (Bahnhofplatz)

Herbstfeste

Nach der Ferienzeit wird es zwei Feste geben. Gerne schon mal die Termine vormerken:

-  15. September
Sommerfest Ortsverein Dreisamtal
-  28. September
Herbstfest Ortsverein Hochschwarzwald

Details werden von den Ortsvereinen bekannt gegeben.

Kreisparteitag im Herbst

Unser nächster Kreisparteitag wird am 26. Oktober stattfindenden. Bitte schon mal vormerken. Details folgen.



IMPRESSUM

Herausgeber & V.i.S.d.P. sind die Kreisvorsitzenden der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke, Dr. Oswald Prucker
SPD Regionalzentrum
Merzhauser Str. 4
79100 Freiburg.

Redaktion:
Oswald Prucker, Tanja Kühnel
und Birte Könnecke